

Bezugspreis: Vom 28. Oktober bis 2. November 14 Milliarden M. voraus zahlen...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“...

Telegraphen-Adressen: „Vorwärts“ Berlin

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 27. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Anzeigen-Grundpreise: Die einseitige Nonpareilzeile 600 Mark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Poincaré nimmt den Konferenzplan an. Aber an Versailles soll nicht gerüttelt werden.

Paris, 26. Oktober. (WTB.) In seiner Rede in Plymouth hat gestern Baldwin Poincaré aufgefordert...

Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas will wissen, Poincaré habe namens der französischen Regierung...

Optimismus in London.

London, 26. Oktober. (WTB.) Reuter erfährt, in britischen Kreisen sei man bezüglich der Einberufung einer internationalen Reparationskonferenz...

Auch Belgien einverstanden.

Paris, 26. Oktober. (WTB.) Aus einer Brüsseler Meldung des „Tempo“ ergibt sich, daß die belgische Regierung...

Ueber die Beratungen der britischen Reichskonferenz, die unter der Teilnahme führender Staatsmänner aus sämtlichen englischen Kolonien...

Es mag wohl sein, daß die beiden Hauptkenter der englischen Politik in der Beurteilung der Ruhrfrage nicht ganz übereinstimmen...

England, oder vielmehr in diesem Falle das britische Weltreich, hat wieder einmal bei den Vereinigten Staaten angefragt...

Eine Anfrage von solcher Tragweite mußte um so genauer erörtern und vorsichtiger eingeleitet werden...

September 1922, als der Staatssekretär Hughes in seiner Rede von Newhaven die Anregung einer unparteiischen Festsetzung der deutschen Leistungsfähigkeit...

Wenn Großbritannien es dennoch wagen konnte, unter Berufung auf die Rede Hughes' in Newhaven sich an Amerika zu wenden...

intakten moralischen Autorität auf die noch widerstrebenden Mächte auszuüben.

Die britische Anregung, festgelegt in den langen Instruktionen Lord Curzons an seinen Botschafter in Washington...

Keine Pfalz-Republik. Erklärung der Pfälzer Sozialdemokratie.

Ludwigshafen, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei der Pfalz beschloß folgende Erklärung:

„Der Verfassungsbruch der bayerischen Ruhr-Regierung hat in den freierlich gestimmten Kreisen der Pfalz die größte Empörung ausgelöst. Alle unsere Warnungen wurden, zusehnd noch von der Regierung Anklänge, in den Wind geschlagen.“

tages, des Handels, der Industrie, der landwirtschaftlichen Berufsstände, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer...

2. Insbesondere mitzuarbeiten an der Gründung eines Instituts (Währungsbank) zur Ausgabe einer Währung...

General de Meß gestattete den Vertretern eine kurze Pause zur Beratung. Während dieser Pause wurde das Schriftstück von 4 landwirtschaftlichen Vertretern unterschrieben.

Der pfälzische Zwischenfall ist erledigt, die bayerische Frage bleibt bestehen.

Die pfälzische Sozialdemokratie hat von ihrem Vorhaben Abstand genommen, nachdem dieses gegen ihren Willen durch die Einmischung des französischen Annerkennungsgenerals...

Das Reichskabinett hat gestern nachmittags beraten; es ist um 1/10 Uhr abends zu einer neuen Sitzung zusammengetreten...

Mit Befriedigung hat man gehört, daß die Ministerpräsidenten sich einmütig hinter die Reichsregierung gestellt haben.

Welche Druckmittel moralischer, verwaltungstechnischer, wirtschaftlicher oder sonstiger Art will die Reichsregierung anwenden...

Sie hat der Pfalz gesagt, daß sie bei Bayern bleiben soll. Heißt das etwa, daß sie mit einem Bayern gehen soll...

Herr Knilling, der verfassungsmäßige Ministerpräsident, der nichts mehr zu sagen hat, sieht besorgt in die Zukunft. Es geht ihm wie dem Zauberlehrling...

Speyer, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag nachmittag um 4 Uhr sprachen die drei Vertreter der pfälzischen Sozialdemokratie...

Die bayerische Regierung läßt halbamtlich bekanntgeben: „Gegen die pfälzischen Landesverräter wird Anklage wegen Landesverrat erhoben werden, auf dem nach der Rotverordnung vom 11. Mai 1923 der Verlust der öffentlichen Ämter und der daraus entspringenden Rechte sowie die Todesstrafe stehen.“

Ein neuer Vorstoß des Generals de Meß.

Ludwigshafen, 26. Oktober. (TU.) Bei dem heutigen Empfang der Vertreter der Pfalz bei General de Meß wurde auch die Währungsfrage behandelt.

1. Die unterzeichneten Vertreter der Pfalz, beauftragt und handelnd im Namen der großen öffentlichen Körperschaften des Kreis-

Schmerzen voll in Anspruch genommen ist und die Hoffnung auf eine wesentliche Aenderung der außenpolitischen Situation fast aufgegeben hatte, sind in der breiten Öffentlichkeit diese Vorzeichen wichtiger Ereignisse relativ wenig beachtet worden. Die eigentliche Enthüllung dessen, was im Gange war, behielt sich Baldwin für die große Rede vor, die er auf dem Jahrestag der konservativen Partei in Plymouth am Donnerstag halten sollte. Baldwin brauchte diese Session um so mehr, als er wegen seiner Passivität in den letzten Monaten das Ziel immer heftigerer Angriffe geworden war; nicht allein seitens der Arbeiterpartei und der Liberalen, sondern sogar im eigenen Lager. Und wer wollte behaupten, daß diese Angriffe ganz unberechtigt waren, nachdem er und Curzon die entscheidenden August-Notizen, in denen die Regierung Strefemann-Hilferding die Erbschaft Cunos übernommen hatte, zu dem offensivsten Zweck, den Ruhrkonflikt zu liquidieren, einfach auf Urlaub in französische Bäder gefahren waren, und es in absoluter Untätigkeit mit ansehen, wie sich die neuen Männer hoffnungslos an der starren Ablehnungs- und Verschleppungspolitik Poincarés verbrannten.

An der Tat, wäre die britische Initiative acht Wochen früher erfolgt, wieviel Glend und Wirrwarr wäre Deutschland und damit auch den übrigen europäischen Ländern erspart geblieben! Aber offenbar glaubte Baldwin für einen neuen Schritt bei Amerika die Rückdeckung des gesamten britischen Weltreiches zu benötigen.

Wichtig ist aber, daß der Schritt, wenn auch spät, doch erfolgt ist, und noch wichtiger ist seine Ausnahme. Ueber die Aufnahme in Amerika ist schon berichtet worden. Von dieser Seite ist ein wesentlicher Fortschritt insofern zu verzeichnen, als die bisherige glatte Ablehnung jeder Verhandlung über die interalliierte Schuldfrage einer halb Ablehnung Platz macht. Zwar heißt es nach wie vor: keine Verquickung der Reparationsfrage mit den interalliierten Schulden; aber Amerika will sich nicht rückwärts gegenüber seinen Schuldner verhalten, vorausgesetzt daß die Ausgaben für militärische Zwecke eingeschränkt werden. In der Form mag der Standpunkt Amerikas, der bisher ein wesentliches Hindernis für eine internationale Regelung des Reparationsproblems bildete, wenig verändert scheinen; in der Sache aber — und darauf kommt es an — will Amerika offenbar mit sich reden lassen.

Aber die erneut ausgesprochene Bereitwilligkeit Amerikas, an der Lösung der europäischen Probleme mitzuarbeiten, wäre nur ein Teilerfolg des englischen Schrittes, solange die Stellungnahme Frankreichs unverändert bliebe. In eindringlichen, feierlichen Worten hat Baldwin vorgestern einen von stürmischem Beifall des konservativen Parteitages unterstrichenen Appell an Poincaré gerichtet: er möge es sich ein-, zwei- und dreimal oder gar noch öfter überlegen, bevor er eine negative Antwort auf den Konferenzvorschlag erteile.

Die ersten Pariser Pressfestimmungen zu der Baldwin-Rede klangen zunächst nicht sehr freundlich. Die französische Regierungspresse ist seit Monaten zu sehr auf das Reinsagen gegenüber allen Vermittlungsvorschlägen dressiert, als daß sie plötzlich, wenn auch nur mit Vorbehalt, zu einem solchen Konferenzpläne ja sagen könnte.

Indessen dürfte Baldwin, ehe er seine Plymouther Rede hielt, vielleicht sogar bevor er seinen Vorschlag an Amerika richtete, auch in Paris sondiert haben, denn er sagte schon in dieser Rede, die bisher von den europäischen Mächten eingegangenen Antworten seien alles andere als entmutigend und nicht wie der Druckfehler tausend uns in der gestrigen Abendausgabe schreiben ließ: alles andere als ermutigend.

Im Laufe des gestrigen Abends ist nun die bedeutungsvolle Havas-Erklärung eingelaufen, die wir an der Spitze dieser Nummer wiedergeben. Danach hätte Poincaré bereits in Washington erklärt, daß er den Konferenzplan annehme. Die beiden Vor-

behalte, die an diese Zustimmung geknüpft werden, können zwar sehr weittragend sein, aber vielleicht sind sie hauptsächlich als Rückzugsmanöver gemeint. Man darf nicht übersehen, daß Poincaré sich bisher schroff ablehnend gegenüber allen derartigen Anregungen auf Einberufung einer internationalen Konferenz und auf Schätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit verhalten hat. Daß eine solche Konferenz weder an den Friedensvertrag noch an die Reparationskommission zu rütteln brauche, um einer vernünftigen und erträglichen Lösung der Reparationsfrage die Wege zu ebnen, ist auch unsere Auffassung. Ist einmal die Konferenz zusammengetreten, dann dürfte die Einigung nicht allzu schwer sein, wenn alle Teile guten Willens sind. Und der konzentrische moralische und materielle Druck der alten und der neuen Welt würde schon genügen, um böswillige Partner zur Vernunft zu bringen.

Endlich nach Monaten ein Lichtstrahl in der Ferne. Angesichts der furchtbaren Lage Deutschlands könnte man wohl meinen, es sei jetzt zu spät. Aber es gibt jetzt, diese letzte Chance auszunutzen. Deshalb muß eine letzte Anstrengung gemacht werden, das drohende Unheil des Chaos und des Zerfalls des Reiches abzumenden. Was an uns liegt, wollen wir tun, um dieses Ziel zu erreichen. Und deshalb verlangen wir, daß gegen alle Zerstörer der Reichseinheit schonungslos vorgegangen werde. Ein zerfallendes oder gar schon zerfallenes Deutschland wäre auf einer internationalen Konferenz kein Partner, sondern ein Spielball.

Anhöriger deutscher Vertreter in Paris.

Paris, 26. Oktober. (Eca.) In der Frage der weiteren Behandlung des Reparationsproblems scheint in den letzten Tagen ein deutlicher Fortschritt zu verzeichnen zu sein, und zwar sowohl in der Behandlung der letzten deutschen Note in der Reparationskommission als auch im Hinblick auf die englisch-amerikanische Anregung zur Einberufung eines internationalen Sachverständigenkomitees zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit. Der „Temps“ erklärt, er glaube heute zu wissen, daß die Instruktionen, die gestern — also vor Bekanntwerden der Rede Baldwins — bereits in London eingetroffen seien, den Zusammentritt einer Sachverständigenkommission zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit, an der auch die Vereinigten Staaten teilnehmen würden, enthalten. Die französischen Instruktionen gingen allerdings dahin, daß dieses Komitee von der Reparationskommission eingeseht werden soll, die ihrerseits alle Rechte, die ihr nach dem Friedensvertrag zustehen, bewahren werde.

Paris, 26. Oktober. (W.B.) Der Mitteilung, daß der französische Delegierte in der Reparationskommission der am Dienstag stattfindenden Sitzung einen Vorschlag unterbreiten werde, deutsche Vertreter über die wirtschaftliche und finanzielle Lage zu hören, hat die Agentur Havas nachträglich folgende erläuternde Erklärungen des Standpunktes der französischen Regierung beigefügt: Selbstverständlich werde es sich um eine einfache Anhörung konsultativen Charakters der deutschen Vertreter über Deutschlands Zahlungsfähigkeit handeln. Es könne nach Auffassung der französischen Regierung keine Rede davon sein, mit Deutschland Verhandlungen aufzunehmen, solange der passive Widerstand im Ruhrgebiet nicht faktisch aufgehört habe.

Amerikanische Getreidekredite?

Ein Projekt amerikanischer Händler.

Washington, 26. Oktober. (W.B.-Zuspruch.) Eine Gruppe von Getreidehändlern unterbreitete dem Präsidenten Coolidge den Plan eines Verkaufs von 50 Millionen Bushel Weizen an Deutschland, um einerseits den amerikanischen Weizenbauern einen Verdienst zu verschaffen und andererseits Deutschland in seinen Ernährungsschwierigkeiten zu helfen. Die Getreidehändler befürworten, daß der Kauf dieser 50 Millionen Bushel durch Wechsel geschieht, die von der Kriegsanstalt ausgeflekt werden sollen. Deutschland werde eine Zahlungsrücklage von zwei Jahren und mehr eingeräumt werden. Dem Ver-

nehmen nach bringt Präsident Coolidge dem Plan warmes Interesse entgegen.

Es wäre außerordentlich erfreulich, wenn das Angebot der amerikanischen Getreidehändler rasch zur Tatsache würde. Nach der vorliegenden Meldung handelt es sich um 1,3 Millionen Tonnen Weizen, also einen wesentlichen Teil des ausländischen Getreides, welches Deutschland zur Sicherstellung der Lebensmittelzufuhr benötigt. Käme ein solcher Getreidekredit zustande, so würde den deutschen Landwirten die Luft zur Zurückhaltung ihrer Erzeugnisse auch sehr bald vergehen, weil sie sonst mit einem beträchtlichen Preisrückgang rechnen müssen. Ein derartiger Getreidekredit wäre so, wenn er auf vernünftiger Grundlage zustande kommt und wenn er erst im Laufe von zwei Jahren abzudecken ist, eines der besten Mittel zur Behebung der bedrohlichen Ernährungsnot, die jetzt auf Deutschland lastet, und eine wesentliche Entlastung der Zahlungsbilanz, die auch auf die Währungsposition von großem Einfluß sein würde.

Die Ausgabe wertbeständiger Geldzeichen.

Die Reichsbank ist nicht mehr in der Lage, den gewaltig zunehmenden Bedarf an Papierzahlungsmitteln zu befriedigen. Durch die Notlage, die so entstanden ist, veranlaßt, hat man die bereits angekündigte Ausgabe wertbeständiger Zahlungsmittel beschleunigt. Es sollen heute für 100 000 Dollar kleine Goldanleihscheine herauskommen. Gleichzeitig stellt die Berliner Stadtgemeinde wertbeständiges Notgeld her und auch die Berliner Metallindustrie stellt ein wertbeständiges Notgeld bereit, um im Bedarfsfalle damit auch einen Teil der Löhne bezahlen zu können.

Der Berliner Produktenmarkt hat sich auf das wertbeständige Geld bereits eingestellt, da die Landwirtschaft für Ackererzeugnisse Papiermarkt so gut wie gar nicht mehr annimmt. An der gestrigen Berliner Börse erfolgten die Notierungen für Getreide und Futtermittel bereits in Goldmark, und zwar waren die Preise für Weizen 153—155, für Roggen 140—141 Goldmark je Tonne, Weizenmehl festes 22,50—25 M. und Roggenmehl 22,25—24,60 M. je Doppelzentner.

Die Einführung der Rentenmark wird gleichfalls beschleunigt, und zwar ist jetzt auch die Schaffung von kleinen, auf Rentenmark lautenden Münzen beschlossen worden, die über 1, 2, 15 und 50 Pf. lauten. Der Druck der Rentenmarkscheine ist in vollem Gange.

Durch die Schaffung dieser wertbeständigen Geldzeichen wird auch die Zahlungsmittelnot in Kürze behoben sein, die in den letzten Tagen außerordentlich groß war. Man muß sich gegenwärtig, daß eine Goldmark beim gegenwärtigen Dollarkurs 15 Milliarden Papiermark ist, daß also verhältnismäßig kleine Mengen der auf Gold lautenden Scheine genügen, um gewaltige Papiermarkmengen zu ersetzen. Es ist jetzt dringend zu fordern, daß die Festwertgeldzeichen sobald als möglich auf Lohnzahlungen verwendet werden, was der Reichsarbeitsminister grundsätzlich zugesagt hat.

Die Erleichterung, die die provisorische Lösung der Währungsfrage verspricht, wird nur dann wirksam werden, wenn gleichzeitig die zur Sanierung der Finanzen des Reiches vorgeesehenen Maßnahmen mit allem Nachdruck weiterbetrieben werden und wenn auch die Goldnotenbank rasch in Wirksamkeit tritt, so daß jeder Empfänger der Rentenmark die Aussicht hat, die Rentenmarkscheine zu einem guten Kurs in Goldmark einzulösen zu können. Hier ist größte Beschleunigung und intensivste Arbeit erforderlich, nachdem die Verordnung zum Ausbau der Reichsbank für ihre neuen Aufgaben bereits festliegt.

Wie wir von zuständigen Stellen hören, sind gestern die ersten Zwischenscheine der Goldanleihe, lautend über 1/2, 1/4 und 1/10 Dollar, dem Verkehr zugeleitet worden. In den nächsten Tagen wird der Druck in erhöhtem Umfang fortgesetzt; gleichzeitig wird mit der Herstellung der endgültigen Stücke von 1/2, 1/4 und 1/10 Dollar begonnen, und mit dem der Rentenmarkscheine

Die Telephonmarke.

Von Peter Scher.

So lächerlich es klingen mag — aber es kommt auch heute noch vor, daß ein Mensch nur gerade noch das Geld für eine Telephonmarke besitzt, ohne daß er darum ein Lump zu sein braucht, sondern vielleicht umgekehrt, weil er keiner ist.

Mit Hilfe dieser Marke gedachte ein Mann aus seiner bedrängten Lage zu kommen.

Als er auf dem Bahnsteig nach endlosem Warten auf einen redseligen Mann, der sich sein donnerndes Bächeln in den Automaten etwas kosten ließ, endlich so weit war, die hundertmal zwischen nervösen Fingern gedrehte Marke in den Kasten werfen zu können, versagte der Apparat. Das heißt, wo vorher „Frei“ gestanden hatte, stand nun auf einmal stumm und unerbittlich „Belegt“, ohne daß, wie es sich gehört hätte, die Marke zurückgekommen wäre.

Der Unglückliche, dessen gepeinigter Nerven schon während des endlosen Gelächters jenes Herrn vor ihm hart auf die Probe gestellt worden waren, geriet nun in einen Zustand beklagenswerter Aufwallung.

Er probierte wieder und wieder, ob nicht — wenn schon die Nummer ausbleib — wenigstens die Marke zurückzuerlangen sei, deren er, um zu seinem Gespräch zu kommen, so sehr dringend bedurfte.

Umsonst. Der schenklische Kasten bleibte ihm unerbittlich sein albernes „Belegt“ entgegen und hielt zugleich rüchisch die Marke zurück.

Auf den Bahnhof hinausstürzend, wandte sich der Verzweifelte an einen uniformierten Mann, der ihn achselzuckend an eine andere Uniform verwies, die unständig und streng genaue Berichterstattung verlangte, um schließlich gleichgültig hinzumerken, der Automat sei eine Angelegenheit der Post, an die man sich in solchen Fällen wenden müsse; die Bahn dulde ihn nur. Ueber diese Erklärung, die dem Beamten so wohlgefiel, daß er sich den Genuß nicht versagte, sie zu wiederholen, geriet der Unglückliche in Raserei, die sich in beamtenbedingten Äußerungen kundgab.

Der Beamte, in seiner Ehre verletzt, vergaß sich so weit, den Aufgeregten bei der Schulter zu packen, worüber dieser völlig aus dem Gleichgewicht geriet, so daß zur Rettung der durch den Beamten repräsentierten Staatsidee ein Schuhmann in Anspruch genommen werden mußte.

Als der Mann, der um geringeres äußerer Interessen willen als feinerzeit der Hofmann Michael Kohlsaat zum rufenden Verteiliger seines Rechts geworden war, an jenem unseligen Apparat vorüber abgeführt wurde — wobei eine gewaltige Menschenansammlung mit ihrem Gebärde ihn obendrein zum Gespött vor sich selbst machte —, bemerkte er noch gerade, daß in der nächtlichen Kabine, die kein Unglück verschuldet hat, ein elegantes Dämchen völlig unbehindert und feierlich in den Apparat zwischerte, ohne scheinbar auch nur die Möglichkeit einer Störung von fern zu ahnen.

Da sagte er bei sich: „Na ja! Es ist alles umsonst!“ Und ging mit einem wertwärdig gefrorenen Bächeln widerstandslos mit dem Mann des Gefehes.

Am selben Abend ereignete es sich auf der Wache, daß einer der Neueingelieferten in einer Anwendung von Schweißmütze sein Dasein mittels einer Hosenträgerfahne vollendete, ein anderer dagegen, nach Niederwerfung eines Aufsehers, mit brutaler Rücksichtslosigkeit ausbrach, um — wie sich vermuten läßt — vorbrecherischen Reigungen gewinnbringend zu huldigen.

Welcher von beiden aber der Mann vom Bahnhofautomaten gewesen ist — das herauszubringen müßte interessant sein.

Denn daß es einer von beiden war, kann kaum bezweifelt werden.

Braunkohlenbergbau am Frischen Hoff. Aus Eibing wird geschrieben: Seit früher die Niederkaufler als alleiniger Stütz des norddeutschen Braunkohlenbergbaues, so hat sich dies Bild seitdem längst gewaltig verändert. Man weiß heute, daß sich so ziemlich unter ganz Deutschland Braunkohlenslätze von mehr oder weniger Mächtigkeit hinziehen; tatsächlich gibt es kaum noch eine deutsche Gegend, in der nicht schon wenigstens die Anfänge eines Braunkohlenbergbaues vorhanden sind. Eben ist er daran, sich ein Gebiet zu erobern, das bisher vom Bergbau so gut wie freigeblieben ist: das ostpreussische Land. Auch hier rühren sich jetzt unter dem Zwang gänzlich veränderter Wirtschaftsverhältnisse neue Kräfte. Man beginnt, die gewaltigen Wasserkräfte Ostpreußens zur Erzeugung elektrischer Energie auszunutzen (das neue Ostpreußenwerk in Friedland a. d. Alle), und an den waldigen Gegenden des Frischen Hoffes steht die Erschließung ausgedehnter Braunkohlenlager unmittelbar bevor. Die Schichtwerke in Eibing sind es, die hier ihren großen Kohlenbedarf sichern wollen, indem sie die bei dem Städtchen Heiligenbeil erbobenen Braunkohlenslätze ausbeuten, um sich so von der Steinlohe unabhängig zu machen. So wird denn das alte Ostpreußenstädtchen binnen kurzem der Mittelpunkt des schlauesten deutschen Braunkohlenreviers werden. Es liegt nur drei Kilometer vom Frischen Hoff entfernt, an der Schnellzugstrecke Eibing—Königsberg, der wichtigsten Verkehrsader Ostpreußens. Die Kleinstädtchen wird am längsten gewährt haben; nicht lange wird es dauern, dann werden dicht bei dem Städtchen die Fördertürme auf die glühende Wasserfläche des Hoffes heruntersinken. Die Industrie wird kommen mit allen ihren Begleiterscheinungen.

Der neue „Unterhaltungs-Rundfunkdienst“ wird am 29. Oktober mit Vorbereitung von Musikvorführungen usw. auf drahtlos-telephonischem Wege beginnen und zwar zunächst für Berlin und Umgebung (etwa im Umkreise bis zu 100 Kilometern). Anmeldungen zur Teilnahme an diesem Dienst werden bei allen Fernsprechämtern oder den zuständigen Postämtern mit Fernsprecher-Mittlungsstelle entgegengenommen. Diese Stellen erteilen auch die Genehmigung zur Errichtung und zum Betriebe eines Rundfunkempfängers. Die Genehmigungsgebühr beträgt 25 M. Grundwert, vervielfacht mit der am Zahlungstage gültigen Verhältniszahl für die Berechnung der Telegraphengebühren im Verkehr nach dem Zustande. Die Beschaffung des erforderlichen Rundfunk-

empfangsgeräts wie überhaupt die Errichtung der Empfangsanlage ist Sache des Rundfunkteilnehmers.

Die Neuordnung des Mainzer Zentralmuseums. Das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz, das die Denkmäler der deutschen Urgeschichte bis zur Zeit Karls des Großen und die auswärtigen Kulturen, soweit sie auf Deutschland eingewirkt haben, sammelt, ist in seiner Art in Deutschland einzig. Diese großartige Sammlung ist jetzt durch ihren Direktor Schumacher neu eingerichtet worden, und zwar wurden die stellung- und kulturgeschichtlichen Abteilungen im zweiten Obergeschoß des ehemaligen kurfürstlichen Schlosses untergebracht, nachdem die städtische Gemäldegalerie in den anderen Flügel des Schlosses umgezogen ist. Ueber diese Neuaufstellung unterrichtet ein Aufsatz von G. Behrens in der „Kunstchronik“. Unter den neu eingerichteten Sälen verdienen besonders die stellungsgeschichtlichen eingehende Beachtung. Denn man kann hier Haus, Siedlung und Grab der Deutschen von den vorgeschichtlichen Zeiten bis auf die Römerperiode verfolgen.

Eine Kirche aus einem Baum. Die Stadt Santa Rosa in Kalifornien hat eine Kirche, die ganz aus einer einzigen riesigen Sequoia erbaut wurde. Dieser Riesendamm, der 18 Fuß im Durchmesser maß, gab 78 000 Fuß Bauholz, außerdem noch viele tausend Schindeln, mit denen das Dach der Kirche gedeckt wurde. Nach der Siedlung des Gotteshauses, das 200 Andächtige aufnehmen kann, blieben noch 30 000 Schindeln übrig. Der Baum stand am Abhang eines Berges, etwa 20 Kilometer von der Küste des Stillen Ozeans entfernt; man schätzte sein Alter auf 800 Jahre. Es dauerte mehrere Tage, bevor man den Baumriesen gefällt, und mehrere Monate, bevor man ihn zerlegt hatte. Aber dieser Baum, der für den Bau einer ganzen Kirche genügt, ist doch noch ein Zwerg im Vergleich zu anderen Riesen.

Der Fall Eibing. Vor dem Völkermordgericht wurde der frühere Kapellmeister der Staatsoper, Eibing, mit seiner Klage gegen den preussischen Staat auf Schadenersatz oder Wiederherstellung im gleichen Range mit dem Generalmusikdirektor Kleber abgewiesen.

Kein Umbau des Berliner Oberhausens. An der Dörfelstraße sind neuerdings Vorschläge für einen unansehnlichen Umbau und Erweiterungsbaue des Berliner Oberhauses vorgebracht worden. Die der Annahme Preussische Presidienrat betont, handelt es sich hierbei ausschließlich um private Umbauarbeiten. Bei der gegenwärtigen Lage kann die Staatsregierung beratigen Vorschläge nicht näher treten. Vielmehr werden lediglich Verbesserungen an einigen Treppen und Ausgängen zur Ausführung kommen, um eine größere Sicherheit der Besucher zu erzielen.

Museumsführungen. Sonntag, den 28. 9., Uhr vormittag, finden wissenschaftliche Führungen im Kaiser-Friedrich-Museum, Deutsche Gemälde (Direktor Demmler) und im Neuen Museum in Meiberg im 1. Bahnhofsgebäude a. Chr. (Dr. Schaff) statt. Eintrittskarten sind von Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Die Ausgrabung der „Höhlenstadt von Eibing“. Zu den bedeutendsten und unheimlichsten Städten der amerikanischen Kultur vor der Entdeckung des Landes durch Kolumbus zählten die „Höhlenstadt von Eibing“ im heutigen Ken-Mexiko. Amerikanische Ausgräber haben nach der „Anschau“ die Überreste, an denen diese vorhistorischen Siedlungen sich befanden, genau untersucht und hierüber zwei dieser Städte aufgebauscht. Der Leiter der Ausgrabung erklärt diese Siedlung für eine der reichsten archaischen Fundstätten, die man je in Amerika entdeckt hat. Man hat eine Folge von Siedlungen festgestellt, die bis in vorgeschichtliche Zeiten zurückge-

folgte der Goldanleihestücke von 1, 2 und 5 Dollar fortgesetzt. Es kann also erwartet werden, daß binnen kurzem für den Verkehr die genügende Menge von wertbeständigen Zahlungsmitteln zur Verfügung stehen wird. Der Gesamtbetrag der zur Ausgabe gelangenden Goldanleihestücke einschließlich der Zwischenscheine darf insofern die durch Reichsgesetz vom 14. August 1923 bestimmte Höchstgrenze von 500 Millionen Goldmark nicht überschreiten.

Einführung wertbeständiger Löhne.

Die folgende Nachricht wird durch WTB. verbreitet: Der Reichsarbeitsminister ist der Ansicht, daß die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel auch den Arbeitern und Angestellten zugute kommen muß. Mit dem Erscheinen der wertbeständigen Zahlungsmittel im Verkehr müssen selbstverständlich auch Löhne und Gehälter auf die neuen Zahlungsmittel umgestellt werden. Diese Umstellung wird mit einem Teil des Lohnes beginnen und entsprechend der Zunahme der wertbeständigen Zahlungsmittel möglichst schnell auf die ganzen Löhne erstreckt werden müssen. Zu einer Rückfrage über die zur Umstellung erforderlichen Schritte hat der Reichsarbeitsminister die Spitzen der Gewerkschaften Montag, den 20. Oktober, eingeladen.

Verordnung über wertbeständiges Notgeld.

Die Reichsregierung hat eine Verordnung erlassen, welche die Ausgabe und Einführung von Notgeld neu regelt. Diese Verordnung ermächtigt den Reichsfinanzminister im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde die Ausgabe von wertbeständigem Notgeld zu genehmigen, das nur auf Beträge oder Teilbeträge der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches lautet, und das binnen Monatsfrist nach Ausruf gegen einen gleichwertigen Wertbetrag ausgetauscht werden muß. Das Notgeld muß spätestens am 15. Dezember d. J. ausserufen sein. Zur Deckung des Notgeldes muß bei der Reichsbank ein entsprechender Betrag wertbeständiger Anleihe hinterlegt sein, der anderweitig nicht in Anspruch genommen werden darf. Der Notgeldschein muß die Bezeichnung „Notgeldschein“ und den Vermerk „Ausgegeben mit Genehmigung des Reichsministers der Finanzen“ tragen. Die Strafbestimmungen der bisherigen Verordnung werden entsprechend ergänzt.

Im Anschluß an die Verordnung zur Regelung des wertbeständigen Notgeldes wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß es sich für den Zweck der Ausgabe wertbeständigen Notgeldes empfiehlt, im Interesse der Verkehrssicherheit und der Vereinfachung der Kontrolle das Notgeld für größere Bezirke oder ganze Berufszweige gemeinsam auszugeben und von Anträgen kleinere Unternehmungen auf Genehmigung möglichst abzusehen.

Die Regierungsfrage in Sachsen.

Trennloses Verhalten der Kommunisten.

Die kommunistische Generalkriegsleitung ist bisher im Reich ohne Erfolg geblieben. Immerhin bemüht sich die kommunistische Parteizentrale unter geistiger und finanzieller Assistenz der russischen Freunde, die Arbeiter auf die Straße zu treiben. Diesen Zweck hatte auch die am Donnerstag mit geringer Mehrheit von den sächsischen Arbeitern beschlossene Stilllegung der Rotendruckereien in Berlin. Der Beschluß galt weniger der Beseitigung des Ausnahmezustandes als vielmehr dem Zweck, durch die Einstellung des Rotendruckes die Arbeitgeber zur Zahlung der Löhne außerstande zu setzen und so eine Welle der Empörung zu schaffen, die schließlich zur Durchführung des lange geplanten kommunistischen Putschs benutzt werden sollte.

Auch der von den sächsischen Kommunisten geführte Kampf gegen den Ausnahmezustand ist nicht ernst zu nehmen. Statt durch Vernunft und Geist den Beschluß des Ministerpräsidenten, der eine Ersetzung des militärischen Ausnahmezustandes durch ein ziviles Ausnahmerecht forderte, zu bekräftigen, stürzten sie tagtäglich mit einer wahnwitzigen Generalkriegspropaganda geradezu die Macht der Militärbefehlshaber. Verantwortungsgefühl als Regierungspartei besitzen sie nicht im geringsten. Ihnen ist die Vertretung im Kabinett zeigener lediglich Mittel zum Zweck. Durch ihre Tätigkeit in der Regierung, die in Wirklichkeit keine Hilfe für die sächsische Arbeiterschaft bedeutet, glauben sie, die von Moskau gegebenen Befehle besser verwirklichen zu können. Auch die von den maßgebenden Gewerkschaften gefassten Beschlüsse hindern die Kommunisten nicht, mit Unterstützung der Herren Brandler und Böttcher ihren Wahnsinn fortzusetzen. Erst am Mittwoch haben die Gewerkschaftsinstanzen in Dresden in Gegenwart von Regierungsvertretern den Generalkriegs als unheilvoll für die Arbeiterschaft gekennzeichnet. Was tun die Kommunisten? Sie hegen weiter für den Generalkrieg, auf den die sächsischen Industriellen warten, und Herr Brandler, der Ministerialdirektor der Staatskanzlei, der es mit seinen amtlichen Pflichten nicht besonders ernst zu nehmen scheint, soll diese Agitation gegen die Regierung und die Arbeiterschaft eifrig unterstützen. Am Donnerstag nachmittags erreichte diese Unvernunft in Dresden ihren Höhepunkt. Es wurden Flugblätter angeschlagen, in denen die Arbeiterschaft aufgefordert wird, trotz des Verbots der Hundertschanden neue Formationen zu bilden und den bewaffneten Widerstand gegen die Reichswehr aufzunehmen. Schließlich kann man es keinem Militärbefehlshaber verdenken, wenn er diese Aufforderung zum Kampf gegen seine Truppen durch sofortige Vorhatsmaßregeln wirkungslos zu machen versucht, denn auch ihm ist die kommunistische Führung, die ihre Flugblätter in letzter Zeit ausfallschreiend durch Frauen verbreiten lassen.

Durch ihr sinnloses und verderbliches Verhalten haben die Kommunisten in Sachsen die Regierungsfrage neu aufgerollt.

Dresden, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhaftung des Regierungsrats Hauke, des Stellvertretenden Reichel und des Chauffeurs Wittenzwei erfolgte durch das Wehrkreiskommando unter dem Vorbehalt, daß Hauke und Reichel in einem von Wittenzwei gesteuerten Auto nach einem Dorf gefahren seien, wo eine Waffenbeschlagnahme stattfinden sollte, und daß sie dies verweigerten. Die sächsische Regierung, die diese Beschlagnahme in einer amtlichen Darstellung als unrichtig bezeichnet, hat beim Wehrkreiskommando gegen die Verhaftung Protest eingelegt.

In einer Sitzung des sächsischen Gesamtkabinetts wurde am Freitag u. a. beschlossen, die sächsische Gesandtschaft in München aufzugeben.

Die Unruhen im besetzten Gebiet. In Essen kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem drei Personen getötet wurden. — Bei Plünderungen in Düsseldorf wurde ein Unbeteiligter erschossen. — Auch in Gelsenkirchen gab es einen Toten.

Die Scheinheiligen.

I. Kürzlich brachten die Deutschnationalen im Reichstag einen Antrag auf Abschaffung der Abgeordnetenlöhne ein. Der Antrag war offensichtlich nur eine demagogische Geste und wurde von den übrigen Parteien abgelehnt. Doch konnten sich die Deutschnationalen und ihr völkischer Anhang als die einzigen hinstellen, die bereit gewesen seien, in der Bekämpfung des parlamentarischen Systems auch solche Konsequenzen zu ziehen, die mit persönlichen Opfern verbunden sind.

Zwei Stunden später wurde vom Reichstagsbureau den Abgeordneten mitgeteilt, eine Vorschlagszahlung ihrer Diäten könne an der Kasse abgeholt werden. Die drei ersten Herren, die sich sofort anstellten, waren die drei unentwegten Bekämpfer des Parlamentarismus, Wulle, Graefe und Hennig, und hinter ihnen standen in der sich allmählich bildenden Schlange in überwiegender Zahl gerade Mitglieder der deutschnationalen Fraktion, die wohl den Kampf gegen die Diäten auf diese Art konsequent fortsetzten. Sollte dies etwa bestritten werden, so stehen wir mit einer Liste von Namen zur Verfügung.

II. Bestern war Herr Traub im Reichstag. Er wurde von seinen Freunden auf der rechten mit aufgeregter Freude begrüßt. Brachte er gute Kunde von Kahr, der mit „dieser“ Reichsregierung nicht verhandelt, von Löffow, der als bayerischer General nach Berlin marschieren will, um den Krepel zusammenzuschlagen? Herr Traub selbst ist nur deshalb kein gerichtlich abgeempelter Hochverräter, weil er in der Kapp-Regierung eine zu nebensächliche Figur war. Trotzdem aber ist er Freund und Bruder, genau wie Herr Heim, der wiederholt mit den Franzosen verhandelte, vom dem aber die deutschnationale Dessenheit ebenso schwieg wie über die pfälzischen Bauerführer, die gerademwegs für die de-Reg.-Republik sind. Aber diese Sozialdemokraten, die nichts anderes wollten, als die Folgen der Kapp-Traub-Kahr-Heim-Politik verhüten — an die Laterne mit ihnen!

Deutschnationale Moraltheologie.

In einem Artikel, der unter das freudige Bekenntnis gestellt ist: „Kieder die Logik — hoch die Partei!“ schreibt in „Tag“ bei Nacht Schwarz auf weiß der „bayerische Schriftsteller“ Friedrich Fretka:

Jeder Gewerkschaftler, der Klagen gegen einen rheinischen Separatismus verteidigt, der in sich französische Fremdberrschaft birgt, ist das Gegenstück eines Margiten. Jeder Arbeiter, der vielleicht noch am Sonnabend die Arbeitermarxellaise sang, wurde im Augenblick deutscher Nationalist, als er sich für Deutschlands freie Selbstbestimmung erhob. Das ist ja die Grundtugend unserer Arbeiterschaft, daß sie heute den Unsin eines internationalen Schwindels einsehlt. In Wirklichkeit bedeuten die Tage von Kahr die Niederlage des Marxismus und den Sieg des Gebanens des Herrn von Kahr.

Es ist leicht zu sagen, wenn man über solche Kriegsberichterplatter verfügt.

Bauer, das ist etwas anderes!

Nochmal: Deutschnationale Doppelmoral.

Gegen den kommunistischen Versuch, die Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ durch Stilllegung der Rotenpresse zu erzwingen, hat sich die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit gewendet. Nun ist auch die völkische „Pommersche Tagespost“ wegen ihrer Hege gegen das Reich aus Anlaß des bayerischen Konflikts verboten worden. Das Verbot hat den Landesverband Pommern der Deutschnationalen Volkspartei und den Pommerschen Land- und veranlaßt, folgendes Telegramm an den Reichswehrminister zu richten:

„Pommersche Tagespost“ wegen klarer Stellungnahme für Bayern verboten. Diese Stellungnahme deckt sich völlig mit der Einstellung von Partei und Landbund und klebt für beide Organisationen unverändert. Wir erstreben gemeinsam mit allen Mitteln die Volksernährung, die Hauptaufgabe ist, sicherzustellen. Dazu brauchen wir die Mitwirkung der „Pommerschen Tagespost“. Wir warnen dringend, neue Verbitterung in den hinter uns stehenden für die Ernährung unentbehrlichen Wirtschaftskreisen zu schaffen und erwarten insoweit sofortige Aufhebung des Verbots der „Pommerschen Tagespost“; andernfalls lehnen wir jede Verantwortung ab.

Hier wird also von deutschnationaler Seite gedroht, das Volk bei vollen Scheunen verhungern zu lassen, wenn ein Zeitungsverbot nicht aufgehoben wird. Und die „Kreuzzeitung“ und andere deutschnationale Blätter drucken das zustimmend ab!

Deutschnationale Kriegserklärung.

Sie schreien „Hochverrat!“ — und begünstigen ihn.

Die in Berlin versammelten Vorsitzenden der deutschnationalen Landesverbände haben gestern einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

Führer der sozialdemokratischen Regierungspartei haben in der Pfalz unter Zuhilfenahme des Feindes Hoch- und Landesverrat begangen. Wir fordern, daß der Reichsminister des Innern diese Verbrecher nicht nur abschafft, sondern, wie es in Bayern geschehen, die erforderlichen Maßnahmen gegen die Hochverräter in der Pfalz und in Sachsen ergreift und die Genehmigung des Reichstages hierzu sofort herbeiführt. Wir stehen aus voller Ueberzeugung zu dem antimarkistischen Vorgehen des Herrn v. Kahr. Er hat damit die Lebensfrage des Deutschen Reiches in den Mittelpunkt jedes politischen Handelns gestellt. Wir sind entschlossen, im Reich in demselben Geist vorzugehen, wie die Bayern das getan haben. Deshalb verlangen wir im Namen von Millionen Deutscher die Entfernung der Sozialdemokratie aus der Regierung und den Aufbau einer neuen Regierung auf nationaler Grundlage. Die Befreiung Deutschlands fordert, daß der stetigen und unerträglichen Sabotage jedes deutschen Aufstiegs durch die Sozialdemokratie endlich ein Ende bereitet wird.

Außerdem wurde folgende Entschliessung gefaßt:

Die Not des Volkes ist unerträglich geworden. Wenn trotz einer leidlichen Ernte das Volk unmittelbar dem Hunger gegenübersteht, so trifft die Verantwortung dafür in erster Linie die Reichsregierung, deren äußere und innere Politik Schiffbruch erlitten hat, und die nach mehr als zehn Wochen nutzlosen Lebens und Verderbens noch nicht das wertbeständige Zahlungsmittel geschaffen hat, ohne das Handel und Wandel nicht aufrechterhalten werden kann. Aufs neue ist der Beweis erbracht, daß eine Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützt, der wirtschaftlichen Not ebensowenig Herr werden kann wie der politischen. Darum fordern wir einen vollständigen Wechsel des Regierungsinhalts; nur ein solcher kann Hilfe bringen.

Diese Leute, die den Hochverrat treiben, dessen sie andere beschuldigen, haben zu Hause die Bibel auf dem Tisch liegen. Aber sie lesen das, was Christus über die Heuchler und Pharisäer gesagt hat, nur, um sich ein Muster daran zu nehmen.

Die Reichsregierung gegen Kahr.

In später Nachtstunde erläßt die Reichsregierung eine offizielle Verlautbarung, in der sie sich mit aller Schärfe gegen die Erklärung Kahrs wendet, wonach er mit der jetzigen Reichsregierung niemals verhandeln würde. Diese Erklärung wird zunächst als an sich belanglos bezeichnet, da die Vertretung Bayerns nicht in seinen Händen, sondern in denen der bayerischen Staatsregierung liegt. Der Widerstand Kahrs gegen die von allen Seiten gewünschte Verständigung wird jedoch als unverantwortlich bezeichnet, zumal in der jetzigen innerpolitischen, außenpolitischen und wirtschaftlichen Bedrängnis des deutschen Volkes. Zum Schluß erklärt die Mitteilung des Reichskabinetts das Verhalten Kahrs für eine Annahme, die mit aller Schärfe zurückgewiesen werden müsse.

Hitler befehlt ein Sozialistengesetz.

München, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die seit etwa vierzehn Tagen betriebene Ausweisungsaktion gegenüber den Münchener „Ostjuden“ hat bisher über 60 Familien betroffen; unter ihnen befinden sich auch die preussische Staatsangehörige. Dabei handelt es sich nicht etwa um Leute, die erst seit Kriegsende sich in München niedergelassen haben, sondern lediglich um Deutsche, die seit zwei und drei Jahrzehnten in München ihren dauernden Wohnsitz haben. Von den Ausgewiesenen ist derjenige, der die kürzeste Zeit in München weilt, seit 17 Jahren ansässig. Die Wohnungen der Ausgewiesenen verfallen der Beschlagnahme, so daß die Möglichkeit eines Wohnungstausches nicht in Frage kommt. Aus diesem Grunde suchen eine große Anzahl Familien — man spricht von 200 — München freiwillig zu verlassen, bevor die Fremdenpolizei weitere Ausweisungsbescheide des Generalkommissars ausführt. Die Ausweisung wird in den meisten Fällen formal damit begründet, daß die Leute sich in einer dem Wirtschaftslieben schädigenden Weise verhalten hätten. Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß in Zukunft nicht nur Juden und Ausländer von der Ausweisung betroffen werden, sondern unter Umständen auch Christen und Leute mit deutscher und bayerischer Staatsangehörigkeit. Letzteren würde ein Zwangsaufenthalt irgendwo in Bayern angewiesen. Da die ganze Ausweisungsaktion in ihrer jetzigen Form als eine Konzession des Herrn v. Kahr an Hitler zu betrachten ist, so ist die in Feinddruck erhobene Forderung im heutigen „Völkischen Beobachter“ wohl zu beachten. Sie lautet in Form einer Frage: „Werden die marxistischen Zerkungen in Bayern noch immer unbehindert erscheinen und bleiben die marxistischen Parteien noch immer bestehen? Werden die Auer und Genossen noch weiterhin frei umherlaufen?“

München, 26. Oktober. (WTB.) Im bayerischen Landtag brachte der frühere Justizminister Dr. Müller (Demokrat) den Antrag ein, daß die allgemeinen Verfügungen und Rechtsverordnungen des Generalkommissars unverzüglich dem Landtag mitzuteilen seien.

Die Opfer des Hamburger Putschs.

Hamburg, 26. Oktober. (WTB.) Die bei den Straßenkämpfen gefallenen Schutzpolizisten sollen in einem gemeinsamen Grab auf Staatskosten feierlich beigesetzt werden. Die Zahl der Toten und Verwundeten auf Seiten der Aufrechter steht noch nicht fest. Es wird aber mit über 100 Toten gerechnet. Man nimmt an, daß die Auffindungen die Toten in einzelnen Fällen an Ort und Stelle verscharrten.

Frankreich befehlt!

Die Separatisten sind anzuerkennen!

Koblenz, 26. Oktober. (III.) Der französische Bezirksdelegierte der Rheinlandkommission hat heute die Vertreter der Stadtverwaltung zu sich beschieden und ihnen mitgeteilt, daß die vollendete Tatsache der Besitzergreifung der Macht durch die Separatisten anerkannt werden müßte, sowohl von der deutschen Regierung, als auch von den Stadtverwaltungen. Die Vertreter der Stadt haben in ihrer Antwort erklärt, daß sie es ablehnen müßten, mit oder unter den Separatisten zu arbeiten; sie würden weder einen separatistischen Regierungspräsidenten noch einen solchen Bürgermeister anerkennen. Das gleiche Ansinnen wurde, wie gemeldet wird, heute auch in zahlreichen anderen Orten an die Beamten gestellt, überall aber mit dem gleichen negativen Erfolg.

Fortschritte der Separatisten.

Hagen, 26. Oktober. (III.) In Bonn ist der Belagerungszustand erklärt worden und das Rathaus erneut besetzt worden. Bei den Straßenkämpfen wurden 20 Separatisten schwer verletzt und etwa 10 in die Klinik gebracht. In Godesberg besetzten die Sonderbündler nach einem zunächst mißglückten Versuch das Rathaus, hielten die grünweißrote Flagge und riefen die Republik aus. In Beuel kam es gestern zwischen Separatisten und Antiseparatisten zu schweren Kämpfen. Das Rathaus ist von den Sonderbündlern besetzt und die Separatistenfahne gehißt. In Koblenz ist die Gewalt in den Händen der Sonderbündler. Das Post- und Telegraphenamt sind besetzt, so daß Koblenz von außen her telephonisch nicht erreicht werden kann. Die Franzosen verlangen, daß die Beamten, die sich weigern, den Anordnungen der Separatisten zu folgen, die Gebäude verlassen. In Aachen sind vor dem Regierungsgebäude drei belgische Panzerautos mit Maschinengewehren zum Schutze der Sonderbündler aufgeföhren. Das Rathaus und die Reichspost befinden sich noch in den Händen der reichtenreuen Deutschen. Gestern abend haben die Sonderbündler gewaltsam in die Freiheit der Presse eingegriffen und verlangt, daß die Aachener Zeitungen sich einer Vorzensur unterwerfen sollen, was aber abgelehnt wurde. Die Aachener Zeitungen sind infolge dessen heute nicht erschienen. Sie stellen ihr Erscheinen bis auf weiteres ein. Königswinter ist heute morgen von Sonderbündlern überfallen worden.

Duisburg, 26. Oktober. (Gca.) Ueber die Vorgänge in Duisburg werden folgende Einzelheiten bekannt. Am Donnerstag war es gelungen, die Separatisten aus dem Rathaus zu entfernen, doch gelang es ihnen, immer wieder mit Unterstützung der Belgier und Franzosen zurückzukehren. Als die Menge gegen Abend gegen das Rathaus vorging, wurde belgische Gendarmerie eingesetzt und belgische und französische Infanterie legten eine Postenkette vor das Hauptquartier der Sonderbündler. Um das Gebäude der „Sozialdemokratischen Volksstimme“ entbrannte ein heftiger Kampf. Das Gebäude wurde von den bewaffneten Sonderbündlern in der Nacht gestürmt, da die zur Bewachung anwesenden Arbeiter gegenüber der Uebermacht zu schwach waren. Bei dem Kampfe gab es auf beiden Seiten mehrere Tote und Schwerverletzte. In den Krankenhäusern liegen über 70 Verletzte.

Der Vizepräsident des Reichstages ist zu einer Sitzung auf Dienstag, den 30. d. M., berufen, um die Dispositionen für die nächste Vollsitzung des Reichstages zu treffen.

Dollar in New York Schlusskurs 86 Milliarden, nachbörslich 52,63 Milliarden.

Gewerkschaftsbewegung

Epilog.

Das Streikkomitee der Rotendrucker hat, dem Rate der zuständigen Organisationsleiter folgend, es abgelehnt, den Streik zu proklamieren. Dieser Beschluß ist dem Streikkomitee gewiß nicht leicht gefallen. Aber auch das Streikkomitee, das sich ausschließlich aus Anhänger der KPD zusammensetzte, konnte nicht anders als den Tarifstreik in Rechnung tragen, in dem Augenblick, in dem es sich seiner schweren Verantwortlichkeit bewußt wurde. Wir wollen nicht auf alle Einzelheiten dieses Streiks, der nicht proklamiert wurde, eingehen. Es ist aber notwendig, gewisse Dinge gerade jetzt auszusprechen.

Die Bewegung ist aus unerträglichen Zuständen heraus geboren. Seit Wochen und Monaten befindet sich die gesamte Arbeiterschaft unter den bedrückenden Schlägen einer ständigen und wachsenden Lohnentwertung. Dazu kommt die ungeheure Arbeitslosigkeit im Zeitungsgewerbe wie überhaupt im ganzen graphischen Gewerbe. Die Arbeiter bilden nur mehr eine Minderheit. Zu diesen wirtschaftlich unerträglichen Verhältnissen kommt die äußerst gespannte politische Situation: der trockene Rechtsputsch, das Pronunciamento des Generals v. Lossow, die Diktatur Kahr, der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen, der Zusammenbruch unserer Währung und die niederdrückende auswärtige Lage. Diese für die Arbeiterschaft so bitter empfundene politische Spannung wird nicht dadurch erträglicher gemacht, daß man den Belagerungszustand verhängt.

Die Schließung der Friedrichstadt-Druckerei als Folge des Verbots der „Roten Fahne“ mußte unter diesen Umständen wie ein zündender Funke wirken. Sie war ein schwerer Mißgriff, dessen Auswirkung durch die nachträgliche Wiedereröffnung der Druckerei nicht aus der Welt geschafft worden ist. Das Solidaritätsgefühl der Arbeiter war empfindlich verletzt worden. Eine auch nur oberflächliche Kenntnis der Psychologie der Arbeiterschaft bei den kompetenten Reichswehrstellen hätte diesen Mißgriff und seine Folgen vermeiden lassen müssen. Es bedurfte seiner besonderen Anstrengung der KPD, um die Forderung auf Wiedereröffnung der Friedrichstadt-Druckerei zu erweitern auf die beiden anderen Forderungen: die Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ und des Belagerungszustandes.

Die einfachste politische Erwägung und Ueberlegung hätte dazu führen müssen, daß mit solchen Mitteln, geboren aus einer augenblicklichen Solidaritätsaufwallung, ein Staat — und sei es auch das so sehr geschwächte Deutsche Reich — nicht zur Kapitulation gezwungen werden kann. Am allerwenigsten aber in einem Augenblick, wo der bewaffnete Kampf der Kommunisten in Hamburg bemüht war, den Beweis der Notwendigkeit des Belagerungszustandes zu führen. Das ist für den Augenblick der sichtbarste Erfolg dieses Putschs. Er hat der Vereinigten Sozialdemokratie und den Gewerkschaften es ungemein erschwert, die Aufhebung des Ausnahmezustandes durchzusetzen. Er ist darüber hinaus der gesamten Reaktion in ihrem Bestreben, den Ausnahmezustand gegen die Arbeiterschaft zu wenden, zu Hilfe gekommen. Wäre es zum Streik der Rotendrucker gekommen, dann würde sich die Situation noch zumungunsten der Arbeiterschaft verschärft haben.

Manches wäre auch zu sagen über die merkwürdige Art, wie dieser Streik beschlossen worden ist. Daß man einen politischen Streik von allgemeiner Bedeutung von einer einzelnen Fachgruppe führen lassen will, ist an sich schon mehr als eigenartig. Daß man einen politischen Streik von allgemeiner Bedeutung plant, den Beschluß dieses Streiks aber zunächst herbeiführt durch eine Versammlung, deren Mehrheit sich aus anderen Berufsgruppen zusammensetzt als gerade die, die den Streik führen, ist noch viel merkwürdiger. Die nachträgliche Einberufung einer Versammlung der Funktionäre der Roten- und Zeitungsdrucker war nur eine schwache Korrektur.

Ein Streik ist in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, auch wenn es nur ein einfacher Lohnstreik ist, mit so vielen Gefahren verbunden — besonders in einem Berufe mit so ausgedehnter Arbeitslosigkeit —, daß eine Urabstimmung nicht umgangen werden darf. Es hat sich ja auch nachträglich herausgestellt, daß die Belagerungszustände nicht immer mit der Zustimmung ihrer Vertreter einverstanden waren. Und nun gar, wenn es sich um einen rein politischen Streik handelt! Die Urabstimmung war schon deshalb nicht zu umgehen, weil die Mehrheit in der zweiten Versammlung nur schwach war.

Die Streiktreiber meinen freilich, daß die Arbeiterschaft immer mehr in die Defensive gedrängt wird, die Zustände heute derart elende sind, daß die Arbeiterschaft nichts mehr zu verlieren habe. Der Streik der Rotendrucker sollte ja sozusagen das „Signal“ sein. Die Leute, die so reden und sich dabei noch für große Strategen halten, haben noch nicht die Grundelemente des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes begriffen. Sie brauchen nur das Plakat zu lesen, das der Reichsarbeitsminister in Berlin anschlaglos ließ, obwohl der Streik vom Komitee selbst abgelehnt worden ist, um sich einen ungefähren Begriff davon zu machen, was unweigerlich gekommen wäre, wenn diese ungeübten Rekruten der Arbeiterbewegung durch eine verhängnisvolle Kette von Fehlern an die Spitze eines Großkampfes gestellt worden wären.

Die kluge Haltung der verantwortlichen Führer der Gewerkschaften hat diese Folgen vermieden. Sie hat freilich nicht vermeiden können, daß der Belagerungszustand verschärft worden ist durch das Streikverbot in allen lebensnotwendigen Betrieben.

Auch dieses Verbot halten wir für einen Mißgriff. Die Gewerkschaften haben genügend den Beweis geliefert, daß sie das Gemeinwohl über alles stellen. Sie können am allerwenigsten einen Streik in den Rotendruckereien gerade in dem Augenblick wolle, wo sie selbst die Forderung auf Zahlung der Löhne in wertbeständigen Zahlungsmitteln aufstellen. Dieses Streikverbot wäre übrigens unwirksam, wenn die Arbeiterschaft zu äußerster Notwehr gezwungen würde. Nachdem der Streik durch das Eingreifen der Gewerkschaften nicht erfolgt ist, muß es wieder aufgehoben werden. Wir können hinzufügen, daß der Beschluß des Streikkomitees nicht von dem Verbot, sondern ausschließlich von der Stellungnahme der verantwortlichen Gewerkschaftsinstanzen beeinflusst worden ist. Jedenfalls hat diese Bewegung gezeigt, wie man einen politischen Streik nicht in Szene setzen darf und nicht führen kann.

Die Reichslöhne.

Zu dem am 25. Oktober im Reichsfinanzministerium beendigten Verhandlungen über die Gehalts- bzw. Lohnregelung der Staatsbediensteten für die vierte Oktoberwoche bzw. das vierte Oktoberviertel ist noch folgendes nachzutragen: Die Lohnbezüge der Staatsarbeiter erfahren eine neunfache Erhöhung. Die Arbeiter erhalten am Sonnabend, den 27. Oktober, eine Abschlagszahlung nach der Reichszahl von 4 Millionen und am Dienstag, den 30. Oktober, nochmals die gleiche Summe. Am Donnerstag, den 1. November, wird der Lohn nach der Reichszahl von 10 Millionen als Abschlagszahlung für die Woche vom 29. Oktober bis zum 4. November gezahlt. Nach dieser Regelung beträgt der Lohn und die Feuerungszulage für einen ledigen 24 Jahre alten Arbeiter in der Lohnklasse A in der Lohnwoche vom 22. bis 28. Oktober in Lohngruppe I 4 050 Millionen, Lohngruppe II 3 900 Millionen, Lohngruppe III 3 870 Millionen, Lohngruppe IV 3 780 Millionen, Lohngruppe V 3 720 Millionen, Lohngruppe VI 3 660 Millionen und Lohngruppe VII 3 600 Millionen Mark. Dazu treten die Druckschläge. Der Frauen- und Kinderzuschlag beläuft sich auf 320 Millionen Mark für die Stunde und der Nachdienstzuschlag auf 300 Millionen Mark.

Die Differenz der neuen Reichszahl für Beamte gegenüber der bisherigen = 1 720 Millionen wird in einem Viertel für das vierte Oktoberviertel gezahlt. Die Zahlung erfolgt so, daß 50 Proz.

der Summe am Sonnabend, den 27. Oktober, und der Rest am Dienstag, den 30. Oktober, ausgezahlt wird. Die Reichszahl für beide Zahlungen beträgt 215 000. Am 1. November wird nach der Reichszahl 2 031 Millionen ein Viertel des Monatsgehaltes gezahlt. Der Sonderzuschlag für das besetzte Gebiet fällt weg. Die nächste Verhandlung findet, wenn keine besonderen Ereignisse eintreten, am 1. November statt.

Die Auszahlung des vierten Teiles des Monatsgehaltes am 1. November geschieht auf Grund des Ermächtigungsgesetzes. Die Regierung rechnet damit, bereits vom 8. November ab in der Lage zu sein, einen Teil der Gehaltsbezüge in wertbeständigen Zahlungsmitteln auszusuchen. Die Organisationsleiter lehnten die Viertelmonatsgehaltszahlungen an die Beamten ab.

An unsere Abonnenten!

Die unauffällige Entwertung der Mark bringt ganz unerträgliche Verhältnisse und droht alle Kulturerrungenschaften zu vernichten. Die Presse muß — wenn die neuen wertbeständigen Zahlungsmittel sich nicht durchsetzen und erhalten bleiben — zum Erliegen kommen. Wir sind leider unter dem Druck dieser trostlosen Verhältnisse gezwungen, den Bezugspreis für die Woche vom 28. Oktober bis 3. November auf 14 Milliarden festzusetzen. Dieser scheinbar hohe Bezugspreis wird bei den sich täglich entwertenden Papiermilliarden für die erforderlichen Ausgaben kaum ausreichen. Unsere Freunde und Leser können versichert sein, daß nur die zwingendsten Ausgaben diesen Preis diktieren. Wir vertrauen noch wie vor auf ihre Einsicht und ihr treues Festhalten am Abonnement des „Vorwärts“.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Lohnvereinbarung in der Metallindustrie.

Der Lohn in Klasse 1 beträgt für die Zeit vom 22. bis 28. Oktober 5,5 Milliarden, Ausgleichszulage bis zu 900 Millionen. Am Dienstag, den 30. Oktober, wird auf den Lohn für die Woche vom 22. bis 28. Oktober ein Vorzuschuß von 30 Proz. gezahlt. Die bereits geleisteten Vorzuschüsse sowie der Brotzuschuß werden bei dieser Vorzuschußzahlung nicht in Anrechnung gebracht. Die endgültige Berechnung erfolgt am ordnungsmäßigen Zahlungstage. Weitere ausführliche Bestimmungen betreffs Brotzuschuß, Kinderzulage, Frauenzulage usw. sind im Tarifverträge enthalten, der ab Sonnabend 11 Uhr im Zimmer 20, ab 4 Uhr im Zimmer 3 des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 83/84, käuflich erhältlich ist.

Die neuen Buchdruckerlöhne.

Da die Lohnkommission des Buchdruckgewerbes in den Verhandlungen am Donnerstag keine Einigung erzielen, trat gestern das Zentralschiedsgericht zusammen und fällte folgenden Schiedsspruch:

1. Der Restlohn für die Woche vom 20.—26. Oktober ist möglichst Sonnabend, den 27., spätestens Montag, den 29. Oktober, zu zahlen. 60 Proz. des dieswöchigen Lohnes sind als Vorzuschuß auf den Lohn der nächsten Woche spätestens Donnerstag, 1. November, zu zahlen.

2. Das Zentralschiedsgericht sieht davon ab, heute schon die Wertbeständigkeit des Lohnes zwangsweise auszusprechen. Es ersucht ihn richtig und möglich, es für die heutige Regelung noch bei dem bisherigen Verfahren zu belassen und die in der allernächsten Zeit zu erwartende Einführung der Goldrechnungsmittel abzuwarten.

3. Der Spitzenlohn der Woche vom 20. bis 26. Oktober beträgt 260 Milliarden M. (Stundenlohn 5 417 000 000 M.).

Nach diesem Schiedsspruch betragen in Berlin die Wochenlöhne der Hilfsarbeiter 234 Milliarden, der Angelerinnen 187 200 Millionen und der Hilfsarbeiterinnen 168 480 Millionen M.

Für die kaufmännischen Angestellten der Briefumschlagbranche kommen sofort weitere 50 Septembergehälter zur Auszahlung. Weiter ist vereinbart worden, daß für den Monat Oktober 350 Septembergehälter gezahlt werden. Für die kaufmännischen Angestellten im Buchhandel werden sofort weitere 50 Septembergehälter zur Auszahlung gelangen. Im Zeitungsgewerbe sind die Verhandlungen gescheitert. Der Arbeitgeberverband hat angewiesen, für die vergangene Woche, spätestens am Sonnabend, weitere 15 Septembergehälter und am Dienstag eine Vorzuschußzahlung von 75 bis 100 Septembergehältern zu leisten. Für die kaufmännischen Angestellten im Expeditionsgewerbe kommen für die Zeit vom 25. bis zum 31. Oktober 1923 folgende Gehaltsätze zur Auszahlung: Das Gehalt vom 7. bis 17. Oktober durch 11×7 plus Index von 534,2 Proz. Auf diese Summe kommt der doppelte Index dieser Woche (680 Proz.). Dieser Betrag ist am Sonnabend zu zahlen. Dieselbe Summe soll am Mittwoch als Vorzuschußzahlung zur Auszahlung kommen. Im Wagen- und Karosseriebau wird gegenüber der Vorwoche für sämtliche Angestellte das Gehalt für die Woche vom 21. bis 27. Oktober um 470 Proz. erhöht. Am Dienstag und Donnerstag werden jeweils 75 Proz. des Gehalts der Vorwoche als Vorzuschuß vorabgezahlt. Für die Angestellten der Chirurgenmechanik hat der Arbeitgeberverband einseitig ohne Zustimmung des Zentralverbandes der Angestellten festgesetzt, daß 40 Septembergehälter am 27. Oktober als Vorzuschuß auf das noch endgültig zu regelnde Oktobergehalt gezahlt werden.

Der Stundenlohn für Schilderhalter beträgt für die Zeit vom 19. bis 25. Oktober 7 000 000 000 M.

Für das Tapetierergewerbe wurde für die Zeit vom 20. bis 26. Oktober der Lohn der Gruppe II in Vereinbarung auf 3,250 Milliarden Mark festgelegt. Die anderen Gruppen im prozentualen Verhältnis. Die Tarife sind ab Sonnabend morgen erhältlich.

Die Löhne in der Lederwarenindustrie. Der Lohn der Facharbeiter beträgt nicht 2231, wie im getriggen Abendblatt infolge eines Druckfehlers stand, sondern 2031 Millionen, entsprechend der mitgeteilten Aufwertung von 550 Proz.

Der Mindestwochenlohn für Maurerpolierer, Zimmerpolierer und Betonpolierer beträgt vom 20. bis 26. Oktober 378 504 Millionen. Wo vorher höhere Löhne gezahlt wurden als der Mindestlohn, erhöhen sich dieselben um 846 Prozent. Der Mindestwochenlohn für Schachtmeister beträgt 377 454 Millionen.

Der Lohn für das Malergewerbe beträgt für Freitag, den 19. Oktober 740 Millionen pro Stunde, ab 20. bis 26. Oktober ist der Stundenlohn 7 Milliarden. Am Freitag, den 2. November, wird pro geleistete Arbeitsstunde 6 Milliarden Vorzuschuß gezahlt.

Verband der Maler, Ortsverwaltung Berlin. Bauergewerksbund Fachgruppe Glaser. Die Lohnverhandlung ist gescheitert. Für die Zeit vom 19. bis 25. Oktober werden vorläufig 3,5 Milliarden pro Stunde gezahlt. Der Schlichtungsausschuß ist angerufen. Auch für die Hilfsarbeiter finden neue Verhandlungen statt, da das Angebot der Unternehmer zu gering war.

Der Generallstreik in Frankfurt a. M. abermals abgelehnt. Das Frankfurter Gewerkschaftsrat hat den Beschluß der Betriebsratsversammlung, in einen Generallstreik einzutreten, abgelehnt.

Die Eisenbahner in Arafau sind im ganzen Eisenbahnbezirk in den Streik getreten.

Wichtig, Rotendrucker! Der Beschluß bezüglich des Verbots von Ueberstunden und Sonntagarbeit bleibt nach wie vor bestehen und ist strengstens zu beachten. — Die Offiziere der Rotendrucker werden zu der Sitzung am Sonntag nachmittags 4 Uhr im Restaurant Berning, Marginalstr. 44, hierhin eingeladen. Organisationsrat. 6. v. U. (Hauptgewerkschaft im ZSB). Heute Sonnabend 7 Uhr Sitzung im Beschlusse der Roten Gewerkschaften, Juchstraße. Tagesordnung: 1. Beamtendemo. 2. Die gewerkschaftliche Lage. Erscheinen Pflicht.

Wirtschaft

Verteilung von Braunkohlfeldern an den Staat.

Infolge des Verlustes wertvoller Steinkohlfelder im Osten und Westen hat für die preussische Volkswirtschaft der Braunkohlenbergbau eine immer wachsende Bedeutung erlangt. Die Nutzungstätigkeit auf Braunkohle hat daher in den letzten zwei Jahren sehr stark zugenommen und dazu geführt, daß sämtliche großen Gesellschaften des Braunkohlenbergbaus sich einen ausgedehnten zusammenhängenden Besitz an noch unergründeten Feldern für spätere Zeiten gesichert haben. Demgegenüber ist der Besitz des Staates an Braunkohlfeldern ebenso wie an betriebenen Braunkohlenbergwerken außerordentlich gering. Da jedoch der Staat im Interesse der Allgemeinheit in diesem Feldern, auch auf dem Gebiete des Braunkohlenbergbaues einen gebührenden Einfluß auf das Wirtschaftsleben auszuüben, erscheint es notwendig, daß er sich nunmehr bezüglich eines Teiles der noch im Bergfreien liegenden Braunkohlfeldern das alleinige Aufsuchungs- und Gewinnungsrecht vorbehält. Der Handelsminister hat daher einen dahingehenden Gesetzentwurf eingebracht, der bereits die Billigung des Staatsrats erlangt hat und jetzt dem Landtage vorliegt.

Nachdem soll künftig in denjenigen Provinzen, in deren bergfreien Teilen noch unverlebte Braunkohlfeldern in ausgedehntem Maße gefunden werden können, die Aufsuchung und Gewinnung der Braunkohle allein dem Staate zustehen, während die Bergaufreife im übrigen Staatsgebiet unberührt bleibt. Aber auch im Vorbehaltsgebiet, das sich auf die Provinzen Hessen-Rhess, Sachsen, Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien und Grenzmark, Posen-Westpreußen sowie den Bereich der Stadtgemeinde Berlin beschränkt, wird das private Unternehmertum nicht ausgeschlossen werden. In dieser Beziehung sieht der Entwurf dieselbe Regelung vor, welche der Staatsvorbehalt auf Steinkohle durch das Gesetz zur Aufschließung der Steinkohle vom 11. Dezember 1920 erfahren hat. Er bestimmt, daß der Staat sein Recht zur Aufsuchung und Gewinnung der Braunkohle in der Weise an andere Personen übertragen kann, daß der andere im Falle eines von ihm nachgewiesenen verteilungsfähigen Fundes die Verteilung des Bergwerkseigentums an den Staat herbeizuführen hat, wogegen dieser sich verpflichtet, ihm gegen angemessenes Entgelt die Ausbeutung des Bergwerks zu überlassen. Das in einzelnen Landesteilen bestehende Verfügungsrecht des Grundeigentümers über die Braunkohle läßt der Gesetzentwurf unberührt, ebenso alle bereits bestehenden sonstigen Berechtigungen sowie die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes nach den bisherigen Vorschriften begründeten Ansprüche auf Verteilung des Bergwerkseigentums an Braunkohle.

Damit aber auch diejenigen im Vorbehaltsgebiete von Privat angelegten Braunkohlenbohrungen, welche bis zum Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht bis zur Zündigkeit gediehen sein sollten, nicht vergeblich unternommen sind, sieht der Entwurf vor, daß auch sie nach zur Grundlauge eines Verteilungsanspruches gemacht werden können, wenn sie als Schürfarbeiten auf Braunkohle vor dem 15. Oktober d. J. behördlich angemeldet und begonnen sind. Doch kann in solchen Fällen die Einlegung der Rutung nur noch innerhalb eines Monats nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgen. Außerdem verlangt der Gesetzentwurf im Interesse der Geschlossenheit des künftigen staatlichen Felderbesitzes, daß der Fundpunkt einer derartigen Rutung von bereits verliehenen Feldern oder von dem Fundpunkt einer schwebenden Rutung nicht mehr als 2500 Meter entfernt ist.

Deutsch-russische Konzeptionsverhandlungen. Von zuständiger russischer Seite wird dem Dr. Eppich mitgeteilt, daß die russische Konzeptionspolitik neuerdings ihr Schwergewicht auf die Vergebung rein produktiver Konzeptionen verlegt habe, die nach dem Muster der Landwirtschafts- und Holzkonzeptionen von Krupp und der Gruppe Birth-Hoas die Ausbeutung der russischen Bodenschätze bezwecken. Von Handelskonzeptionen werden Exportkonzeptionen bevorzugt, die sich speziellen Ausbaugebietern widmen und bei denen die Vorkriegserfahrungen der betreffenden Firmen nutzbar gemacht werden können. Nach der Art des Exportabkommens mit der Firma Senferth in Hamburg werden von der Berliner Sowjet-Handelsvertretung zuerst Verhandlungen über die Gründung einer gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaft zur Ausfuhr von Butter, Geflügel, Däunen und Federn zu Ende geführt. Die grundlegenden Ausfuhrprodukte Getreide, Raphtha, Faserstoffe, Erze und Holz sollen dagegen Ausfuhrmonopole des Staates bleiben. Auf dem Gebiet der produktiven Konzeptionen werden Verhandlungen mit einer Reihe deutscher Firmen geführt, darunter mit dem Julius-Faber-Konzern (Stuttgart) über die Produktion optischer Instrumente in Rußland, mit dem Alfons-Schäfer-Konzern (Kolmar) über die Erzeugung von Spiritus in Rußland und dessen Ausfuhr, mit der Firma Birth u. Berger über Farbenproduktion in Petersburg. Auch wird über die Bildung einer gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaft zur Finanzierung des Tabak-, Baumwoll- und Weinbaues verhandelt. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen ist als Ziel aller Konzeptionsgesellschaften entweder Restau oder Petersburg in Aussicht genommen, so daß es sich bei diesen Verhandlungen rechtlich um russische Unternehmungen unter Mitwirkung von ausländischem Kapital handelt. Kennzeichnend ist weiter, daß zu Objekten der in jedem Konzeptionsvertrag vorgesehenen Schiedsgerichte ausschließlich russische Gesetze ernannt werden sollen.

Die Vereinigten Staaten als Geldgeber. Der zumeist während des Krieges erworbene unermessliche Reichtum der amerikanischen Kapitalisten hätten sie dazu veranlassen müssen, ihre überflüssigen Kapitalien zum Teil auch außerhalb des Landes anzulegen. In der Tat hat in den Nachkriegsjahren eine Kapitalauswanderung von ziemlich großem Ausmaß eingesetzt, fremde Regierungen und Privatunternehmen erhielten vom amerikanischen Privatkapital Anleihen. So sind (das Jahr bis Ende Juli gerechnet) 1920 818 Millionen Dollar, 1921 674 Millionen, 1922 über 1 Milliarde Dollar an das Ausland gegeben worden. Bei dem Kapitalreichtum Amerikas nicht sehr beträchtliche Summen. Europa ging dabei ziemlich leer aus. Immerhin erhielten europäische Regierungen 1920 403 Millionen, 1921 336 Millionen, 1922 156 Millionen; europäischen Privatunternehmen sind in diesen drei Jahren 134 Millionen Dollar bewilligt worden. Erst seit Mitte 1922 hat sich das Bild wesentlich geändert; die Kapitalisten der Vereinigten Staaten hörten auf, als Geldgeber für das Ausland zu funktionieren. Im Finanzjahr Mitte 1922 bis Ende Juli 1923 verlieh Amerika nur noch 437 Millionen Dollar, wovon europäische Regierungen nur 62 Millionen erhielten, europäische Privatunternehmen aber gar nichts. Im letzten Halbjahr sind nach Europa überhaupt keine Dollaranleihen geflossen. Die industrielle Hochkonjunktur hat anscheinend die überflüssigen Kapitalien im Lande selbst festgehalten. Außerdem betreiben die amerikanischen Kapitalisten das Geldgeschäft mit Europa mit Rücksicht auf die unsicheren politischen Verhältnisse dieses unglücklichen Erdteils nur widerwillig. Deshalb borgen sie lieber an ostasiatische und südamerikanische Staaten und auch an Kanada, das sich auf diese Weise vom englischen Kapital immer unabhängiger macht und unter die Botmäßigkeit des amerikanischen gelangt.

Arbeitersport.

Preis Schwimmer, Reußen. Entgegen anders lautenden Nachrichten sei nochmals darauf hingewiesen, daß unter Ballenstimmerei am Sonnabend, den 27. Oktober, ebenfalls 8 Uhr, im Stadthaus Reußen stattfindet. Der äußerst niedrig gehaltene Eintrittspreis von 500 Millionen ermöglicht es jedem Sportfreund, unter Zeit zu brühen. Die auf Sonntag, den 28. laufenden Eintrittskarten gelten nur für den Sonnabend. Kompromittierter treffen sich um 7 Uhr bei Franz, Gengelfstraße 1.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: S. Etlinger; Freiwirtschaft: Dr. John Schickowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Reuß; England: Th. Gleditsch; Frankreich: Berlin; Verlags-Vertrieb: Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Rotendrucker-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 61, Lindenstraße 1, Seite 1 Beilage.

Die Neuorganisation der Werke.

Schulfragen im Rathaus. — Noch keine Straßenbahnerabfindung?

Die Stadtverordnetenversammlung hat gestern über die seit langem erörterte Neuorganisation der Werke beschloffen, aber anders, als die Magistratsvorlage es wollte. Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion, vor allem ihre Forderung, daß die Werke Eigentum der Stadt bleiben müssen und die Reform sich nur auf die Organisation erstrecken darf, betonte Genosse Reuter nochmals ausdrücklich. Er wandte sich gegen den Beschluß des Ausschusses, statt einer G. m. b. H. eine Aktiengesellschaft zu schaffen, und empfahl in diesem Punkte die Wiederherstellung der Magistratsvorlage. Aber die gesamte bürgerliche Mehrheit lehnte das ab und setzte den Beschluß durch, für die Werke drei Aktiengesellschaften zu schaffen. Der sozialdemokratischen Fraktion gelang es, wenigstens das zu erreichen, daß die Gesellschaften die ihnen zu verpachtenden Werke nicht weiterverpachten dürfen. — Lebhafteste Erörterung gab es bei Anträgen über Schulfragen. Bei dem Antrag über die viel beklagte Raumnot der Schulen trat Genosse Kreuziger dafür ein, daß auch die Rücksicht auf die Erwerbslosen nicht außer acht zu lassen ist. Einen Antrag der Deutschnationalen, der die längst notwendigen Neuaufgaben von Schulbüchern weiter verzögern sollte, befechtete Genosse Kreuziger durch Zitate aus Schulbüchern, die immer noch Monarchie und Krieg verherrlichen. — Die noch immer nicht erledigte Abfindung entlassener Straßenbahner wurde bei einem Antrag der Kommunisten aufs neue erörtert. Die sozialdemokratische Fraktion, für die Genosse Klose sprach, stimmte zu, daß der Magistrat den früheren Stadtverordnetenbeschlüssen ausführen muß. Der Antrag, gegen den der Kammerer sich gewandt hatte, wurde angenommen.

Bildung von drei Aktiengesellschaften ein, da eine A. G. für alle drei Werke nicht zu dem allseitig erstrebten Ziele führen werde, die Werke schlagfertiger zu machen. — Prenzel (Dem.) meinte, daß es durchaus auf die Persönlichkeiten ankommen werde, die man an die Spitze stelle; jedenfalls sei, wenn man drei Aktiengesellschaften bilde, in den Aufsichtsräten eine weitgehende Personalunion notwendig. Genosse Reuter gab dem lebhaften Bedauern Ausdruck, daß eine so außerordentlich wichtige Vorlage so lange bei der Versammlung gelegen habe. Noch heute sei die Fraktion der Ansicht, daß die Vorlage eine annehmbare Lösung des Problems bedeute. Weshalb sich der Ausschuss auf die Form der A. G. verfestigt habe, sei nicht recht zu erkennen; den Vorteilen dieser Betriebsform ständen auch Nachteile gegenüber. Entschieden die Versammlung für die Form der Aktiengesellschaft und für drei Gesellschaften, so müsse der Aufsichtsrat der drei Aktiengesellschaften aus denselben Personen bestehen. Wie auch die Entscheidung falle, die neue Gesellschaft habe auch in ihrem Teile an der Lösung der großen Aufgabe mitzuwirken, die Lage der konsumierenden Bevölkerung soviel wie möglich zu erleichtern, denn die Werke seien nicht bloß der Kammerei wegen da.

Die Vorlage eine annehmbare Lösung des Problems bedeute. Weshalb sich der Ausschuss auf die Form der A. G. verfestigt habe, sei nicht recht zu erkennen; den Vorteilen dieser Betriebsform ständen auch Nachteile gegenüber. Entschieden die Versammlung für die Form der Aktiengesellschaft und für drei Gesellschaften, so müsse der Aufsichtsrat der drei Aktiengesellschaften aus denselben Personen bestehen. Wie auch die Entscheidung falle, die neue Gesellschaft habe auch in ihrem Teile an der Lösung der großen Aufgabe mitzuwirken, die Lage der konsumierenden Bevölkerung soviel wie möglich zu erleichtern, denn die Werke seien nicht bloß der Kammerei wegen da.

Jabian (Dnat.) sprach für die Bildung von drei Aktiengesellschaften mit gemeinsamen Aufsichtsrat. Dör (Komm.) befürchtete, daß der Ausschluß der Beteiligung des Privatkapitals auf die Dauer nicht gelingen werde und so zuletzt doch diese so beträchtlichen städtischen Schwerte der Spekulation und dem Kapitalismus als Opfer anheimfallen.

In der Abstimmung wurde der Antrag auf Wiederherstellung der Vorlage mit 104 (bürgerlichen) Stimmen gegen 87 zu Falle gebracht. Die Mehrheit beschloß dann, 3 Aktiengesellschaften zu bilden und den Aufsichtsrat nach dem Schema 4, 8, 3 zusammenzusetzen; letzterer soll für alle 3 Aktiengesellschaften gemeinsam sein. Die Vertretung der Stadt als Aktionär durch drei Magistratsmitglieder wurde nach dem Antrage der Deutschnationalen beschloffen, ebenso nach einem Antrage der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei das Recht des Magistrats auf Übertragung eines Teils der Aktien auf die Seebandlung oder die Reichsbank befestigt. Der Antrag unserer Genossen, die Ermächtigung der Aktiengesellschaften zur Weiterverpachtung zu streichen, fand Annahme. Nach einem Antrag Prenzel soll für die Bearbeitung der Angelegenheiten der neuen Aktiengesellschaften eine besondere Deputation in Tätigkeit treten.

Die Anträge des Ausschusses für die Vorberatung der Anträge der Sozialdemokraten, Demokraten, Deutschnationalen und Kommunisten betreffend die

Befreiung der Raumnot in den Schulen

wurden nach längerer Besprechung, in die auch Genosse Kreuziger wiederholt eingriff, von der Versammlung im wesentlichen angenommen.

Die Beratung des aus dem Juli d. J. stammenden Antrags der Frau Kausler (Dnat.), „bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß Neuaufgaben von Schulbüchern erst dann eingeführt werden dürfen, wenn die alten Vorräte erschöpft sind“, gab dem Gen. Kreuziger Gelegenheit, einige Beispiele des trostlosen Byzantinismus aus Neuaufgaben von 1920 und noch jüngeren Datums zu großer Erheiterung der Linken zum Besten zu geben. Der Antrag wurde abgelehnt; doch soll, da ein Formfehler bei der Abstimmung begangen wurde, dieselbe in der nächsten Sitzung wiederholt werden.

Preise und Löhne.

Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 26. 10. (in Millionen Mark)		Butter 21000—23000	
Rindfleisch	12000—17000	Weißkohl	500—550
Kalb-	14000—18000	Wirsingkohl	600
Hammelfleisch	15000—18000	Möhrrüben	400
Schweinefleisch	14,00—20,00	Tomaten	2000—2500
Lebende Hochts	8000—9000	Wochenlöhne in Berlin	
Lebende Bleie	7000—8000	(in Millionen Mark)	
Grüne Heringe	4000—5000	Treibriemenindustrie	190 000
Margarine	10000—13000	Linoleumleger	162 932
Schmalz	16000—19000	Holzindustrie vom 21. bis 27. 10.	152 930

Dem Antrage der Kommunisten auf Auszahlung der den entlassenen Straßenbahnern bewilligten Abfindungen

von je 300 Millionen Mark trat eine große Mehrheit bei, nachdem auch die Sozialdemokraten durch Klose ihre Zustimmung hatten erklären lassen und auch Koch (Dnat.) dafür eingetreten war.

Zum Schluß führte noch der von der Unabhängigen Frau Lungwitz begründete, auch von den Sozialdemokraten und den Kommunisten unterstützte Antrag: „Die Versammlung möge beschließen, daß es den städtischen Dienststellen frei steht, die fälligen Gehälter und Nachzahlungen an die städtischen Angestellten sofort zur Auszahlung zu bringen“, zu einer lebhaften Aussprache, an der sich außer dem Kammerer Dr. Karbing auch die Stadts. Dr. Wehl und Koch beteiligten. Der Antrag gelangte in folgender Fassung zur einstimmigen Annahme: „... daß es den städtischen Dienststellen zur Pflicht gemacht wird, die fälligen Gehälter und Nachzahlungen an die städtischen Angestellten rechtzeitig und einheitlich zur Auszahlung zu bringen.“ — Schluß gegen 9 Uhr.

Elendsziffern.

Aus dem ärmsten Verwaltungsbezirk.

Im Verwaltungsbezirk Wedding sind zurzeit 25 000 Erwerbslose unterstützungsberechtigt. Rechnet man 18 000 Verheiratete zu 4 Köpfen, so ergibt das 72 000 Personen, dazu 7000 Ledige, sind zusammen 79 000 Personen. Dazu kommen noch folgende unterstützte Personen: Sozialrentner 11 307, Almosenempfänger 3092, Ertraunterstützte 1048, Pflegeheimfänger 881, Kleinerrentner 686, Kriegsbeschädigte 362, Kriegshinterbliebene 6620, Waisenkinder 1780, zusammen 16 477 6 Unterstützte. Dazu kommen etwa 20 000 Kurzarbeiter, die teilweise unterstützt werden. Nimmt man an, daß die Kurzarbeiter in der Hauptsache verheiratet sind, so kommt man auf eine Zahl von 80 000 insgesamt. Alles in allem würden aus öffentlichen Mitteln teils voll, teils halb unterstützt 184 776 Personen. Bei einer Bevölkerungszahl von 351 000 im Verwaltungsbezirk Wedding würde das bedeuten, daß jede zweite Person im Verwaltungsbezirk Wedding aus öffentlichen Mitteln unterstützt wird.

Selbst wenn die Unterstützungen erheblich höher wären, als tatsächlich sind, so langen sie nicht zum Leben. Die täglich steigende Teuerung läßt selbst den in Arbeit Stehenden kaum noch das trockene Brot. Gewiß sucht die Gemeinde zu helfen mit Volksspeisung, auch die Schulpflege und die Kleinkinder- und Mütterpflegung ist wieder in Gang gesetzt worden. Aber bei den eng gezogenen Grenzen ist das alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Unsere Bevölkerung hungert nicht nur, sondern sie verhungert buchstäblich. Es ist fürchterlich, hier zuzusehen zu müssen, ohne daß positive Hilfe wird. Von all dem Gerede von dem wertbeständigen Geld wird niemand satt. Heute, sofort muß Hilfe, muß Brot kommen, das die Bevölkerung bezahlen kann. Im Ruhland starben vor zwei Jahren Hunderttausende Hungers, weil die Bolschewistenregierung keine Lebensmittel hatte. In Deutschland haben wir Lebensmittel — volle Scheunen, wie Graf Westarp sagte —. Ruß unsere Bevölkerung wirklich verhungert? Nötig ist das nicht; aber es muß mit rücksichtsloser Härte da zugegriffen werden, wo Lebensmittel vorhanden sind. Und zwar sofort.

Städtische Goldgeldscheine.

Spätestens am Montag wird die Stadt Berlin auf Grund der Ermächtigung des Reichsfinanzministers durch Goldanleihebedeckung gesichertes Goldgeld herausgeben. Dieses städtische Rotgeld wird in derselben Weise wie die Goldanleihe des Reiches in 1-, 2- und 5-Dollar-Scheinen hergestellt und außerdem werden für den Kleinderkehr Scheine von einem halben, einem viertel und einem zehntel Dollar (also 2,10 M., 1,05 M. und 42 Pf.) auszugeben. Wahrscheinlich wird die Stadt in der Lage sein, eine Million Goldmark in Umlauf zu bringen. Nach den Erklärungen des Kammerers ist damit zu rechnen, daß im Laufe der nächsten Woche so viel wertbeständiges Goldgeld in den Umlauf gebracht werden wird, daß auch die Lohnzahlung in wertbeständigem Geld erfolgen kann.

Die neue Schlüsselzahl der Eisenbahn. Von Montag ab werden die Schlüsselzahlen für die Eisenbahnfahrkarte im Personenverkehr 6 Milliarden und im Güterverkehr 12 Milliarden betragen.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

Die Braut war damals erst zwölf Jahre alt, und sie hatte ein blaues kariertes Sommerkleid an. Das Gesicht war fein und rosig, wie jetzt auch noch, auf dem blonden Haar hatte sie einen Kranz von Butterblumen, aber die großen hellblauen Augen konnte keiner sehen; sie schlug sie nieder und stand mit gefalteten Händen da, während die Kinder sangen:

O Gott, der du den ersten Mann,
das erste Weib erschaffen . . .

„Nun frage ich dich“, ließ sich der Pfarrer vernehmen, „Lars Kristoffersen Myran, ob du die ehrenwerte Jungfrau an deiner Seite, Ellen Disdatter Kona, zum ehelichen Weibe nehmen willst?“

„Ja“, sagte Lars, und das war sehr späßig. Ihm lief ein Schauer über den Rücken: jetzt war er erwachsen und stand hier und ließ sich trauen.

„Ebenso frage ich dich, Ellen Disdatter Kona, ob du den ehrenwerten Jüngling an deiner Seite, Lars Kristoffersen Myran, zum Ehemanne nehmen willst?“

„Ja“, sagte Ellen und blickte noch immer mit gefalteten Händen zu Boden.

„Wollt ihr einander die Treue geloben?“

„Ja“, sagten Ellen und Lars.

„So reichet euch darauf die Hände.“

Und sie streckte ihre Hand aus, und er die seine, Martin legte seine Hände auf ihre Köpfe und segnete sie, und dann wurde Hochzeit gefeiert mit Kaffee und Essen und Tanz in der Scheune, ganz wie bei den Erwachsenen.

Das nächste Mal trafen sie sich auf dem Schulweg. Es waren noch viele andere dabei, und Lars war es ein bißchen peinlich, zu ihr hinüberzugehen. Das Reden der anderen ließ er sich noch gefallen, aber als sie jetzt auf ihn zutrat und ihn bat, ihr die Bücher zu tragen, da fand er doch, es gehe zu weit, und da sagte er ihr rundheraus, er sei doch heute nicht ihr Mann, bloß weil er es gestern gewesen. „Dummkop!“ sagte sie, warf den Kopf in den Nacken und wurde blutrot. Und da bekam er zu hören, wenn sie einmal heiraten würde, so werde sie ganz gewiß keinen solchen Laufjungen nehmen

wie ihn. Und dann zankten sie sich zur großen Freude der anderen.

„Die armen zwei“, sagten sie. „Ist es schon so weit gekommen, und sie haben doch gestern erst vorm Altar gestanden.“ Aber seit der Zeit sahen sie einander kaum noch an, wenn sie sich trafen.

Heute abend waren sie zufällig nebeneinander den Berg hinaufgegangen, und der Abstand zwischen ihnen und den anderen wurde immer größer.

„Du bist ja so böse auf mich“, sagte sie.

„Böse bist wohl du“, sagte er.

Sie lachte darüber, und da lachte er auch, und da war von Feindschaft nicht mehr viel zu merken.

„Du bist ja jetzt schon ein erwachsener Bursch und willst nach dem Lofot“, sagte sie.

„Und du bist so krank gewesen“, sagte er. „War es Lungenentzündung? Ist es dir da wohl gut, daß du heute abend ausgehst?“

Aber diese kleine Beforgtheit von seiner Seite bewog sie, das Schlittentau mit anzufassen, und es war seltsam, wie nah ihre Hände sich kamen, obwohl sie Fausthandschuhe an hatten.

„Da wirst du im Winter wohl an all deine Liebsten Lofotbriefe schreiben“, sagte sie.

Aber Lars versicherte, er werde nicht einmal Feder und Tinte mitnehmen.

„Nein, höre einer an! Du bist ja ein rechter Lügner! Aber man darf an eine, die noch nicht eingeseignet ist, wohl nicht schreiben.“

„Nein, das ist strafbar. Es steht Zuchthaus darauf.“ „Halte meinen Handschuh, ich muß mein Strumpfband festmachen“, sagte sie.

Sie waren jetzt ganz allein und den andern weit voran, und oben auf dem höchsten Berge nahm er ihren Handschuh und rieb ihr damit das Gesicht, weil sie behauptete, es friere sie. Rings um sie her waren schwarze Höhen und über ihnen Sterne.

Sie sehten sich auf den Schlitten, und er steuerte mit den Füßen, während sie auf seinem Schoß saß. Und sie lehnte sich nach hinten und ließ sich von seinen Armen halten, während sie dahinsauften. Unten auf einer Brücke machte der Blick einen Lustsprung, es dauerte eine ganze Weile, bis sie wieder herunterkamen, aber endlich prallten sie wieder auf den Boden auf, ohne daß der Schlitten zerschellte, sie fuhren johlend weiter und erschreckten einen Klingelschlitten, bei, wie sie zu der

dunklen Ebene hinunterpolterten, die mit ihren vielen Lichtern drunten im Abend lag.

Aber bevor die Jugend sich trennte, standen sie alle noch eine Weile am Fuße des Berges. Sie waren zusammen in die Schule gegangen und hatten Winters und Sommers so manches Mal miteinander gespielt. Jetzt waren sie fast erwachsen. Mehrere von den Burschen wollten im Winter nach dem Lofot, und die Mädchen blickten sie an und dachten: Du gehst fort, aber es ist nicht sicher, daß du wiederkommst. Auf jeden Fall war es jetzt aus mit Rodeln und Spielen. Ein Abschnitt ihres Lebens war vorbei, und ein neuer begann, in dem alles ernster war als früher.

Aber als Lars nach Myran hinunterging, merkte er, daß er noch immer einen von Ellen Ponas Wollhandschuhen bei sich trug. Er streifte seinen eigenen ab und zog ihren an. Wertwändig, wie warm und weich der innen war.

Weihnachten kam mit Schneegestöber und Sturm, und gleich nach dem Fest wurden die großen, schweren Lofotboote aus den Schuppen geholt. Da standen sie nun am Strande und streckten die langen Rümpfe, noch ohne Tafelage, aber die Schiffer trabten in Schnee und Sturm umher und schifften allen Bedarf ein, und sie riefen einander zu und machten Zeichen mit den Händen, wenn sie etwas zu sagen hatten, als seien sie jetzt schon draußen auf dem Meer.

Die „Kobbe“ lag vor dem Schuppen in Myran, lang und schwer, und die wunderlichsten Dinge wurden eingeladen: Reize in Tonnen, Schwarz in Tonnen, selbstgebranntes Bier in Tonnen, Mollen in einer Tonne, als Beimischung zur Suppe, ein Fäßchen Öl für die Lampe in der Lofothütte, Risten, Kisten und Felddecken. Das meiste verschwand in dem großen Schiffsraum in der Mitte, und da war noch für viel mehr Platz. Wie das Boot dalag, sah es aus wie ein gutmütiges Haustier, das die Leute ruhig umhertrabbeln läßt; sie dürfen mit ihm machen, was sie wollen. Dann und wann hielten die Männer in der Beschäftigkeit inne und tranken einen Schnaps.

Ebenso ging es bei dem „Sturmvogel“ zu an der nördlichen Landspitze, dessen Bootsführer Andreas Ekra war, und bei dem „Meerleuchten“, wo Per Suzansa mit seinen Leuten arbeitete; bei der „Meerblume“ aber war Jakob Kurzfuß schon fast fertig mit allem, obwohl er doch hinkte und vom Morgen bis zum Abend betrunken war.

„Hei . . . hott“, sagte er. „Vorwärts, Jungens! Vorwärts, Leute!“ (Fortsetzung folgt.)

